

Danziger Zeitung.

No 17455.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retherrgasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die siebengepaltene gewöhnliche Schriftgröße oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Politische Uebersicht.

Danzig, 29. Dezember.

Selbsthilfe der ostafrikanischen Gesellschaft.

Die Erörterungen, welche die deutsche Presse seit der Annahme des Antrags Windthorst in der Reichstags-Sitzung vom 14. Dezember über die ostafrikanische Angelegenheit gepflogen hat, lassen darüber keinen Zweifel zu, daß die öffentliche Meinung keineswegs gewillt ist, in dem Sinne eines selbständigen Vorgehens des Reichs in dem ostafrikanischen Küstengebiet eine Pression auf die Entscheidung der Regierung auszuüben. In einer freilich nicht großen Zahl von Zeitungen wird zwar Tag aus Tag ein die Nothwendigkeit hervorgehoben, daß das Reich der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft mit Geld und auch sonst zu Hilfe komme; aber die Auseinandersetzungen verlieren außerordentlich an Werth, wenn man in Betracht zieht, daß es sich hier in der Hauptsache um Elaborate handelt, welche von der ostafrikanischen Gesellschaft und ihren Vorkämpfern in der Presse ausgehen. Daß die Regierung bisher wenigstens halbwegs bindende Beschlüsse noch nicht gefaßt hat, wird von bestunterrichteter Seite bestätigt. Um so erfreulicher ist es, daß jetzt auch von interessierter Seite versichert wird, die deutsch-ostafrikanische und die ostafrikanische Plantagen-Gesellschaft seien nöthigenfalls sogar für sich allein im Stande, den Aufstand im Küstengebiet niederzuwerfen.

Aus den Kreisen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft verlautet nämlich, daß man beabsichtige, aus den kriegstüchtigsten Stämmen Ostindiens, den Sikhs und Mahratten, das Material für die zu errichtende Colonialtruppe anzuwerben, nach europäischer Weise — auch mit Artillerie — zu bewaffnen und unter die Führung einer Anzahl deutscher Offiziere, Unteroffiziere und älterer Soldaten zu stellen. Man glaubt, daß von Seiten Englands der Anwerbung in Indien Schwierigkeiten nicht in den Weg gelegt werden dürften, und will, sobald die Anwerbung vollzogen ist, vom Nordrande des deutschen Schutzgebietes aus den Aufstand aufzurollen versuchen. Man glaubt dabei um so eher auf einen Erfolg rechnen zu können, als der Hauptführer der Aufständischen, Bujidiri, gerade in der nördlichen Hälfte des Schutzgebietes sein Unwesen treibt und nach seiner Befestigung die Aufständischen in der südlichen Hälfte zu einem gütlichen Abkommen wohl geneigt sein dürften.

Ob freilich das Unternehmen, für welches wir herzlich Glück wünschen, ein so leicht ausführbares ist, wie hier angenommen wird, darüber zu urtheilen, ist Sache der Herren Peters und Genossen. Für das Reich liegt ein Anlaß, sich in diese Fragen einzumischen, nicht vor, so lange die Privatgesellschaften sich der Aufgabe, die sie sich selbst vorgezeichnet haben, gewachsen fühlen. Es hat fast den Anschein, als ob die Ostafrikaner von der Ansicht, daß Herr Wismann als Reichscommissar nach Ostafrika geschickt werden könnte, nicht gerade entzückt sind.

Die Verwendung der Ueberschüsse.

In dem Maße, in dem die Nachweise über die Einnahmen des laufenden Etatsjahres eine Besserung der Erträge, namentlich auch der Zucker- und Branntweinsteuer in Aussicht stellen, richtet die mittelparteiliche Presse immer dringendere Rathschläge an die Adresse der Regierung, die Günst des Augenblicks nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen und die Ueberschüsse der Reichs- und in der Folge auch der Staatskassen zur Durchführung der „Reform“ der directen Steuern zu benutzen. In Regierungskreisen scheint man es in dieser Beziehung weniger eilig zu haben. Für die etwa entstehenden Ueberschüsse wird, so meint man, sich schon eine geeignete Verwendung finden. Nachdem einmal die höheren Steuereinnahmen bewilligt sind, ist die Situation der Regierung eine um so freiere, je weniger über die Art der Verwendung im Voraus bindende Beschlüsse gefaßt sind. Der Finanzminister kommt dann in die angenehme Lage, dem Landtage erklären zu können, die Regierung wünsche den Ueberschuß in dieser oder jener Weise zu verwenden; die Majorität des Landtages kommt damit in eine Zwangslage, aus der sie sich bisher durch rückhaltlose Zustimmung zu den Absichten der Regierung befreit hat. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, wenn officiöse Stimmen sich dahin vernehmen lassen, die Reform der directen Steuern in Preußen werde schwerlich schon in der ersten bevorstehenden Session des Landtages in Angriff genommen werden können. Die „Post“ hat sich beeilt, das seitens des Finanzministers in Aussicht genommene Vorgehen für einen „schweren Fehler“ zu erklären, der sich bei den nächsten Reichstagswahlen rächen werde. Die Entlastung der mittleren und breiten Schichten der Bevölkerung von directen Staats- und Communalsteuern sei unerlässlich, um den Eindruck abzuwachen, den die Erhöhung der Getreidepreise und die Branntweinsteuer auf die mittleren Schichten der Bevölkerung ausüben. Die „Post“ geht dabei von der zweifellos richtigen Voraussetzung aus, daß die Regierung die einmal geschaffene Situation zu benutzen versuchen werde, um den weiteren Abdruck der Klassensteuer, welchen die Majorität des Abgeordnetenhauses bisher abgelehnt hat, mit dem bekannten douce violence durchzuführen.

Mit dem bloßen unorganischen Aufhebungsstellen eines Theils der Klassensteuer, schreibt die „Post“, ist ein befriedigender Zustand nicht zu erreichen.

Vom Standpunkt der Mittelparteien aus ist das ohne Zweifel zutreffend. Indessen fehlt es

den letzteren an einem Hebel, um der Regierung gegenüber ihren Willen durchzusetzen, nachdem der Reichstag die Steuererhöhungen beschloffen hat, ohne daß gleichzeitig über die Verwendung von Mehreinnahmen Bestimmungen getroffen sind.

Der Reichszuschuß in der Alters- und Invaliditätsversicherung.

Die öffentliche Discussion über das wichtigste Gesetz der Legislaturperiode, den Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzentwurf, wird wahrscheinlich erst wieder in lebhafteren Gang kommen, wenn die Arbeiten der Commission, die mehrere Tage nach dem Wiederausammentreten des Reichstags ihre erste Sitzung haben wird, beginnen.

Bemerkenswerth ist, daß in einer der letzten Nummern der „Nordd. Allg. Ztg.“ ohne Widerspruch an bevorzugter Stelle auf die Arbeiten eines Mannes hingewiesen wird, der „offenbar im praktischen Leben erfahren“ sei, welcher in Uebereinstimmung mit vielen anderen sich sehr bestimmt gegen das Princip des Reichszuschusses erklärt. Der Arbeitgeber sei verpflichtet, so führt dieser im praktischen Leben erfahrene Mann aus, die von ihm vernünftige menschliche Arbeitskraft der Gesellschaft zu amortisiren. Dies müsse geschehen, indem im Verhältnis zu dem wirklich von jedem einzelnen Arbeiter erworbenen Lohnbetrage eine Alters- und Invalidenrente aus Beiträgen nur der Arbeitgeber angeammelt wird. Der Arbeiter selbst dagegen soll verpflichtet werden, im Wege der Lebensversicherung die Zukunft seiner Angehörigen sicher zu stellen. Reichsliche will der Gewährsmann der „Nordd. Allg. Ztg.“ nur für die Militärdienstleistungen einberufenen Mannschaften in Anspruch genommen wissen.

Es ist, wie gesagt, bemerkenswerth, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ ohne ein Wort des Widerspruches diesen Ausführungen einen sehr hervorragenden Platz giebt. Die freisinnige Presse und ebenso die freisinnigen Parlamentsredner, und auch die Redner des Centrums haben sich sehr bestimmt gegen den Reichszuschuß ausgesprochen. Früher war bekanntlich der ganze Reichstag, einschließlich der Conservativen, ebenso entschieden gegen den Reichszuschuß bei den bisherigen socialpolitischen Gesetzen.

Abgesehen von dem durch den Gewährsmann der „Nordd. Allg. Ztg.“ hervorgehobenen Grund fällt ganz besonders ins Gewicht, daß der Reichszuschuß, welcher von allen Steuerzahlern aufgebracht wird, hier zu Zwecken Verwendung finden soll, die nur einem Theil, d. h. den der Zwangsversicherung überwiesenen Personen zu Gute kommen. Unter den Nichtversicherten befinden sich eine große Anzahl von Personen (kleine Landwirthe, kleine Handwerker etc.), welche keineswegs günstiger gestellt sind, als eine ganze Anzahl von Arbeitern, die der Versicherungs-pflicht unterliegen. Diese müssen dann in den Steuern die Beiträge für die Versicherten zahlen. Darin liegt in der That eine Ungerechtigkeit, welche nicht scharf genug hervorgehoben werden kann und welche sehr stark gegen den Reichszuschuß spricht. Diese Ungerechtigkeit würde nur dann beseitigt werden, wenn der Versicherungszwang auf alle Personen männlichen und weiblichen Geschlechts ausgedehnt wird.

Verwendung verabschiedeter Offiziere zu Civilbeamtenstellen.

Von Seiten der Militärverwaltung wird schon seit einer Reihe von Jahren der Plan verfolgt, verabschiedeten Offizieren die Erlangung geeigneter Civilbeamtenstellen zu ermöglichen. Sie bezieht dabei die vorzugsweise Verwendung solcher Offiziere in geeigneten Stellen zunächst innerhalb der den Militärämtern vorbehaltenen Stellen, demnach aber auch in anderen, diesen nicht zugänglichen Beamtenstellungen. Dabei wird besonderes Gewicht darauf gelegt, daß solchen Offizieren auch die Erlangung besser dotirter und selbständiger Stellen ermöglicht werde. Die Militärverwaltung hat in ihrem Ressort die entsprechenden Maßnahmen bereits durchgeführt, indem eine Anzahl der den Militärämtern allgemein vorbehaltenen Stellen neben anderen, diesen sonst nicht zugänglichen Stellen in ihrer Gesamtheit oder zum Theil in Zukunft mit anstellungsberechtigten verabschiedeten Offizieren besetzt werden sollen.

Danach sind in ihrer Gesamtheit vorzugsweise mit anstellungsberechtigten Offizieren die Secretär- und Registraturstellen bei den Generalcommandos und anderen hohen Commandobehörden, sowie einige Rendantenstellen bei Einzelanhalten, Invalidenhaus, Cabettenanstalten, Kriegsakademie u. s. w. zu besetzen. Zum Theil werden vorzugsweise mit Offizieren besetzt die Beamtenstellen der Generalmilitärkassen einschließlich der Rendanten und Oberbuchhalter, sowie der Zahlstelle bei dem XIV. Armee-Corps und die Stellen der oberen Beamten der Garnisonlazareth- und Proviantverwaltungen. Die gründliche Ausbildung der Bewerber für derartige Beamtenstellungen wird ferner durch die Gewährung einer Beihilfe während der Ausbildungszeit gefördert.

Nunmehr ist die Militärverwaltung auch mit den anderen Ressorts in Verbindung getreten, um mit ihnen eine Vereinbarung zu treffen, durch welche jene Zwecke unter Wahrung des dienstlichen Interesses thunsüchtiger gestellt werden.

Die Anwendung von kleinen Kraftmaschinen.

Schon am Ende des vorigen Jahres hatte der Handelsminister in einem Erlaß an die Oberpräsidenten auf die heftigsten Befürwortungen und Erfolge hingewiesen, welche die Einführung von Gasmotoren im Interesse des Kleingewerbes und der Hausindustrie hat. Nunmehr hat derselbe mit

Rücksicht auf diesen Erlaß den Oberpräsidenten einen Bericht über die Kraftmaschinen zugehen lassen, wie sie auf der diesjährigen Münchener Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung für das deutsche Reich vertreten waren, damit die Behörden in den Stand gesetzt sind, auf diesem Gebiete eventuell orientirend und informirend zu wirken.

Aus den Berathungen der französischen Deputirtenkammer.

Wie aus Paris telegraphirt wird, hat gestern die Budgetcommission einige, von dem Senat beschlossene Abänderungen der Budgetvorlage angenommen und andere abgelehnt. Bouvatier (von der Rechten) wendete sich gegen die Vermehrung des Schulunterrichts. Der Ministerpräsident Floquet trat für letztere ein, durch welche die Republik den Unterricht von jeder religiösen Beeinflussung freimachen wolle.

Die Deputirtenkammer beschloß mit 276 gegen 166 Stimmen, die Rede Floquets in allen Gemeinden Frankreichs durch öffentlichen Anschlag bekannt zu machen. Der Schluß der Session findet voraussichtlich nicht vor Montag statt.

Putsch-Projekt in Bulgarien.

Nach brieflichen Berichten aus Sofia hat in Burgas die gerichtliche Verhandlung gegen die Montenegro, welche am dem bekannten Putsch Nabokow im Januar d. J. theilgenommen hatten, nunmehr in erster Instanz begonnen. Der französische Consul in Burgas rief für die Angeklagten die Capitulationen an, ohne aber hierzu die Zustimmung des Gerichtshofes zu finden, welcher geltend machte, daß Montenegro an den Capitulationen keinen Theil habe. Da das Justizministerium in Sofia diese Auffassung und Haltung gut hieß, das gerichtliche Verfahren somit fortgesetzt wurde, soll der französische Consul sich zurückgezogen und einen Protest überreicht haben.

Graf Coris-Melikhom.

In der heutigen Morgenausgabe ist die Nachricht enthalten, daß in Nizza der Generaladjutant des Zaren Alexander, Graf Coris-Melikhom, gestorben sei. Graf Coris-Melikhom hat unter der gegenwärtigen Regierung keine politische Rolle mehr gespielt. Desto hervorragender war seine politische Thätigkeit unter der Regierung des vorigen Zaren.

Michail Tarelomitsch Coris-Melikhom war am 1. Januar 1826 in Tiflis als Sohn eines armenischen Kaufmanns adeliger Abkunft geboren und begann seine militärische Laufbahn im Jahre 1843 im Garde-Fusaren-Regiment zu Grodno. Vier Jahre später wurde er Adjutant des Generals Woronow, Militär-Gouverneurs in Kaukasien, und zeichnete sich in den Kämpfen gegen die dortigen Bergvölker aus. Nach der Einnahme von Kars im Jahre 1855 wurde er zum Gouverneur dieser Festung ernannt. Schon mit dreißig Jahren war er Generalmajor, mit siebenunddreißig Jahren Generalleutnant. Am 23. November 1876 ernannte ihn Kaiser Alexander II. zum Commandanten des in Armenien aufgestellten russischen Corps. Mit diesem übernahm er am 24. April 1877 bei Alexandropol die türkische Grenze, schloß Kars ein, eroberte am 17. Mai die Festung Ardahan und wandte sich gegen Erzerum. Am 25. Juni wurde er von den unter Mukhtar Pascha stehenden türkischen Truppen bei Zewin besiegt, so daß er den Rückzug nach russisch-Armenien antreten mußte. Mukhtar Pascha errang am 18. und 25. August in der Nähe von Aklis-Tepe neue Erfolge, wurde aber nach Eintreffen der russischen Verstärkungen von Coris-Melikhom am 15. Oktober am Alabach-Dagh vollständig geschlagen, nach Erzerum zurückgeworfen und bei Derm-Bonun, in der Nähe von Erzerum, aufs neue besiegt. Mukhtar Pascha vermachte Erzerum noch zu halten, aber Kars wurde von Coris-Melikhom erobert, der wegen dieser kriegsrischen Verdienste im folgenden Jahre durch den Grafentitel ausgezeichnet wurde. Im Januar 1879 wurde Coris-Melikhom zum Gouverneur des Wolga-Gebiets, am 17. April desselben Jahres zum Generalgouverneur in Charkow ernannt. Als am 17. Februar 1880 die Dynamit-Explosion im Winterpalais stattgefunden hatte, wurde Coris-Melikhom mit 50 ausgedehnten Vollmachten an die Spitze der „höchsten Executiv-Commission“ gestellt, daß man ihn nicht mit Unrecht als den Dictator Rußlands bezeichnen könnte. Kurz darauf war er der Gegenstand eines mißlingenden Mordversuchs. Graf Coris-Melikhom wollte den Nihilismus nicht allein durch Gewaltmittel bekämpfen, sondern der Unzufriedenheit durch administrative Reformen steuern. Die vielberufene dritte Abtheilung, welche unmittelbar vom Zaren ressortirte und ein mit unumschränkter Gewalt ausgestattetes Polizeiministerium bildete, wurde durch Ukas vom 20. August 1880 dem Ministerium des Innern unterstellt, an dessen Spitze Graf Coris-Melikhom selbst trat. Als am 13. März 1881 Zar Alexander II. von Mordberänden fiel, rückte Coris-Melikhom seine Entlassung ein, welche nicht angenommen wurde. Nach der Verkündung des Manifestes des neuen Zaren aber, welches die Fortdauer des selbstherrlichen Regiments betonte, erneuerte Graf Coris-Melikhom sein Entlassungsgesuch am 16. Mai 1881, und jetzt wurde das Gesuch angenommen und das Ministerium des Innern dem Grafen Ignatiew übertragen.

Ein Hindu-Congress.

Wie dem Reuter'schen Bureau aus Allahabad telegraphirt wird, ist am 26. Dezember dort selbst der Congress der Eingeborenen eröffnet worden. Die eigens für die Versammlung erbaute

Halle bot Raum für 3000 Personen. An den Verhandlungen theilnahmen sich 1000 Delegirte aus allen Theilen Indiens und unter ihnen befand sich auch eine stattliche Anzahl Muhammedaner. Auf Antrag des ersten edlen Sikh des Penschab, des Sirbars Dyal Sing, wurde der Kaufmann und frühere Handelskammerpräsident von Calcutta, George Yule, zum Vorsitzenden des Congresses erwählt. In seiner einleitenden Ansprache beklagte Yule, daß das indische Volk noch immer nicht Befreiheit und Controle des Budgets besäße. Darüber seien Indier wie Europäer einig, daß die Zahl der Mitglieder des gesetzgebenden Rathes vermehrt werden müsse, welcher nach einer Aeußerung Lord Beaconsfields das Bollwerk der indischen Interessen bilde. Wie die Dinge jetzt lägen, sei der indische Rath in London machtlos, während das Haus der Gemeinen die ihm zustehenden Rechte nicht ausübe. Die Forderung, daß die Hälfte der Mitglieder des gesetzgebenden Rathes erwählt, die andere Hälfte von der Regierung ernannt werden sollte, wobei ein Viertel sämmtlicher Mitglieder aus Beamten zu bestehen habe, sei in der That maßvoll. Die Executive solle ihr Betrecht behalten; dagegen müsse ein Interpellationsrecht geschaffen werden. Der Congress sei willens, die Regelung der Einzelheiten einem Ausschuß von 3 Europäern und 3 indischen Eingeborenen zu übertragen. Die vorgeschlagene Reform werde dazu dienen, das Band zwischen England und Indien auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und Pflichten zu befestigen.

Die Rede wurde mit vielem Beifall aufgenommen, wie sich überhaupt während der ganzen Verhandlungen große Begeisterung kundgab. Die gefrige Sitzung schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Kaiserin von Indien. Der Congress begann tags nachher die Berathung der einzelnen ihm vorliegenden Gegenstände.

Stimmenmehrheit für Cleveland.

Es ist eine ganze Reihe von Wochen seit der letzten Nationalwahl verstrichen, ehe festgestellt werden konnte, wie groß die Anzahl der Wähler ist, welche indirect für einen oder den anderen Präsidentschafts-Candidaten ihre Stimmen abgegeben haben. Die Zahl der Bürger, die für Cleveland gestimmt haben, betrug nämlich, wie die Newyorker „Handels-Zeitung“ mittheilt, 5 534 867, während für Harrison 5 436 682 und für Fish, den Candidaten der Prohibitionisten, 248 355 Stimmen abgegeben worden sind. Die Pluralität Clelands über Harrison beträgt somit über 98 000 Stimmen, während die Mehrheit der für den republikanischen Präsidentschafts-Candidaten erzielten Electoral-Stimmen beinahe eine beträchtliche ist. Es ergibt sich daraus, daß bei directer Volkswahl Cleveland mit einer ganz bedeutenden Mehrheit der Stimmen wiedergewählt worden wäre. Dieses Verhältniß zwischen der directen und indirecten Abstimmung, welches noch bei keiner Präsidentschaftswahl so scharf zu Tage getreten, beweist, daß das Electoral-System sich überlebt hat, da dasselbe nicht mehr den wirklichen Volkswillen bei einer Wahl zum Ausdruck bringt. Für die Befürworter einer directen Volksabstimmung für die Präsidentschafts-Candidaten ist das Resultat der indirecten Abstimmung bei der letzten Wahl natürlich Wasser auf ihre Mühle, und sie agitierten bereits eifrig für die Abschaffung des Electoral-Systems. Auf ihr Betreiben ist auch schon vor einiger Zeit im Hause des Congresses eine gemeinsame Resolution eingebracht worden, welcher zufolge die Constitution dahin abgeändert werden soll, daß der Präsident und Vice-Präsident der Republik in Zukunft alle vier Jahre direct vom Volke gewählt werden sollen. Angenommen wird weder diese noch irgend eine andere auf denselben Zweck hinielende Vorlage werden, denn vorläufig will noch keine der beiden großen politischen Parteien ernstlich irgend etwas von einer derartigen Aenderung des Wahlmodus wissen.

Deutschland.

„Berlin, 28. Dezember. Dem Bundesrathe ist eine Zusammenstellung über die Geschäfte des Bundesamts für das Heimathwesen während des Geschäftsjahres vom 1. Dezember 1887 bis dahin 1888 vorgelegt worden. Nach derselben sind während des genannten Zeitraums 485 Geschäftssachen, und zwar 432 Landes- und 53 interterritoriale Sachen zu bearbeiten gewesen. Erledigt davon sind durch Zurücknahme der Berufung 9, durch Erkenntnis bezw. Beweisresolutive in 37 Sitzungen 451, und unerledigt blieben am Jahresabschluß 25 Sachen.

[Zur Angelegenheit des Herrn Dr. Gesschen.] Aus zuverlässiger Quelle erfährt der „Hamb. Corr.“, daß die Voruntersuchung gegen Geheimrath Gesschen am 3. Dezember geschlossen ist und daß sich seit jener Zeit die Akten in den Händen des Oberreichsanwalts zwecks Ausarbeitung der Anklageschrift befinden; es ist demgemäß zu erwarten, daß die Anklage in nächster Zeit dem Reichsgericht überreicht werden wird. Es darf jetzt als feststehend angesehen werden, daß der Angeklagte vor dem Verhandlungstermin nicht aus der Haft entlassen werden wird. Dieser Umstand wird naturgemäß die nachtheiligsten Folgen für den Angeklagten haben können; denn derselbe ist dadurch außer Stande, seinerseits literarisches Material zwecks Erbringung des Nachweises, daß die in dem „Zagebuch“ enthaltenen Mittheilungen bereits früher bekannt waren, zu sammeln. Namentlich aber kommt in Betracht, daß — wie aus der dreimonatlichen Dauer der Untersuchung und aus verschiedenen Mittheilungen scheinbar unterrichteter Zeitungen zu schließen ist — die Untersuchung sich offenbar mit dem ganzen vergangenen Leben und den Beziehungen des Geheim-

rath Gesschen beschäftigt, um hieraus Schlüsse auf seine Gesinnung und politische Richtung zu ziehen. Dem Angeklagten, der vermutlich erst durch die Aufstellung der Anklage von den in der fraglichen Richtung gegen ihn erhobenen Vorwürfen Kenntnis erhalten wird und der überdies zur Zeit sehr leidend sein soll, wird es natürlich in der That nicht möglich sein, die zur Entkräftung des gegen ihn gesammelten Materials erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Uebrigens wird, wie wir hören, die Forderung des Geheimrath Gesschen in einer überaus strengen, durchaus ungewöhnlichen Art durchgeführt, obgleich die Untersuchung beendet und demnach jede Collisionsgefahr beseitigt ist.

* [Karl Schurz.] Die „New Yorker Handels-Ztg.“ schreibt: „Während seines kürzlichen Aufenthalts in Deutschland war Herr Karl Schurz die Stellung als amerikanischer Director der „Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft“ offerirt worden. Herr Schurz hatte sich seine Entscheidung über die Uebernahme oder Ablehnung des Postens bis zu seiner Rückkehr nach New York vorbehalten. Bald nach seinem Eintreffen hat Herr Schurz per Kabel die Gesellschaft von seiner Bereitwilligkeit, die ihm angetragene Stellung zu acceptiren, benachrichtigt. Herr Schurz wird sich, nach seiner Angabe, nicht um die Einzelheiten der Geschäftsführung der Gesellschaft kümmern, sondern die Interessen derselben im allgemeinen Sinne vertreten.“

* [Ueber die Einfuhr von Waffen und Munition in Sansibar.] macht das Journal zur Ausgabe gelangte englische Blaubuch über Ostafrika aus der Feder des britischen Generalconsuls in Sansibar folgende Mittheilungen: Seit dem 1. Januar bis zum 23. Juni wurden in Sansibar eingeführt: Flinten aller Art 37 441, Pistolen 188, Aukeln 1 Million, Zündhütchen 3/10 Millionen, Patronen 70 050, Pulver 69 350 Pfd. (Außerdem waren damals unterwegs 800 Revoiver, 5000 Gewehre und 200 000 Pfd. Pulver.) Der Handel in Waffen und Munition befindet sich augenblicklich ganz in den Händen von Britisch-Indiern, jedoch mit der bedeutenden Einschränkung, daß Pulver noch (obgleich nicht vertragsmäßig begründet) ein Monopol des Sultans ist. Niemand sonst führt es ein. So kauft das Pulver von hiesigen deutschen Firmen zum contractlichen Preise von 13 Dollars pro 100 Pfd. und verkauft es den Indiern zu 30 Doll. für dieselbe Quantität. Durch diese britisch-indischen Kaufleute werden die Araber und Häuptlinge im Innern mit allen diesen Waffen und Munition versehen, welche, nachdem sie bei der Ankunft in Sansibar Zoll gezahlt haben, wieder ausgeführt werden, ohne daß sich feststellen läßt, wie viel ausgeht und wohin es geht. In der Regel ist in Sansibar kein englisches Pulver zu haben, da es für diesen Markt zu theuer ist. Nimmt man die obigen Angaben als Grundlage der Berechnung, so läßt sich feststellen, daß 80 000 bis 100 000 Gewehre aller Art jährlich durch die östlichen Häfen ihren Weg nach Afrika finden. Früher, so fügt der Generalconsul hinzu, seien die Waffen schlecht gewesen und hätten nur ein paar Jahre vorgehalten; jetzt könne man die besten Enfield-Gewehre für 9—13 Schillinge das Stück kaufen.

* [Unterricht in der Gesehskunde.] Bekanntlich hat die Gesellschaft für Verbreitung von Volksschulbildung sich in den letzten Jahren wiederholt mit der Frage beschäftigt, ob es nicht rathsam sei, in den Fortbildungsanstalten und Vereinen auch Unterricht in der Gesehskunde und den Grundlehren der Volkswirtschaft zu erteilen. In der im Oktober d. J. in Berlin abgehaltenen Generalversammlung der Gesellschaft wurde dem Centralausschuß derselben eine Summe von 500 Mark zur Verfügung gestellt, um in Berlin in der nächsten Zeit einen Versuch mit derartigen Curricula zunächst für Lehrer zu machen. Eine Commission des Centralausschusses ist nunmehr wegen dieser Angelegenheit mit dem Vorstande des wissenschaftlichen Centralvereins und der Symbolotakademie in Verbindung getreten, und die Sache ist so weit gefördert, daß wahrscheinlich schon Anfang Januar die Eröffnung eines Curricula für Gesehskunde in Berlin erfolgen wird. Das noch näher festzustellende Programm wird u. a. enthalten: Geschichte, Handelsrecht, Strafrecht etc. Der Vortragsplan dürfte zwei Quartale (vom Januar ab) dauern.

* [Die „Dresdener Nachrichten“], welche trotz ihrer berühmten Artikel wie „Reine Frauenzimmerpolitik“ u. s. w. in Preußen und Sachsen vollständig unbeachtet geblieben sind, empfinden es sehr unliebsam, daß die österreichische Regierung weniger nachsichtig ist. Das Blatt erklärt, es stehe bezüglich der Gründe zur Entziehung des Postbetrags „vor einem unfaßbaren Räthsel“, und zählt zum Beweise dafür, wie sehr Grund es habe, sich gekränkt zu fühlen, alle seine Cardinaltugenden her. Darunter befindet sich natürlich die „monarchische Gesinnung“ — vom Schlage der „Frauenzimmerpolitik“. Seinen kläglichen Copalitäts-Beschwerden fehlt das Blatt dann die Krone auf durch folgenden Schlusssatz:

„Vielleicht gelingt es uns, durch Klarlegung unserer stets sympathischen Gesinnungen für den österreichischen Kaiserstaat an maßgebender Stelle eine Milderung dieser Maßregel herbeizuführen.“

* [Fremde Scheidemünzen in den Grenzbezirken.] Vom 1. Juli d. J. ab dürfen bekanntlich nach einem auf Grund des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 getroffenen Bundesrathsbeschlusses, vorbehaltlich der Gestattung von Ausnahmen für einzelne Grenzbezirke, fremde Scheidemünzen in Zahlung weder gegeben noch genommen werden. Da nun die uneingeschränkte Aufrechterhaltung dieses Verbots für einzelne an der preussischen Grenze gegen Oesterreich gelegene Gebietstheile wegen der lebhaften geschäftlichen Beziehungen zwischen den Bewohnern der beiderseitigen Grenzorte eine empfindliche Störung des Grenzverkehrs und dadurch eine unerwünschte Belästigung und wirtschaftliche Benachtheiligung der preussischen Grenzbevölkerung nach sich zieht, so ist auf den Wunsch der preussischen Regierung beim Bundesrathe der Antrag gestellt worden, den Umlauf von Scheidemünzen österreichischer Währung in einigen Gebietstheilen der Regierungsbezirke Oppeln, Clegny und Breslau zu gestatten. Da nach Lage der Verhältnisse nicht zu befürchten steht, daß sich aus dieser Maßnahme Mißstände ergeben werden, deren Beseitigung beim Verhütung durch das allgemeine Verbot des Umlaufs fremder Scheidemünzen beabsichtigt wurde, überdies dieselbe Ausnahmemaßregel bereits für andere, wie die tschechisch-böhmischen Grenzbezirke genehmigt ist, so dürfte

wohl auch der obige Antrag in einer der nächsten Sitzungen des Bundesraths angenommen werden.

Coltingen, 27. Decbr. Für unsere Waffenfabrikation scheint jetzt ein günstiger Zeitabschnitt eingetreten zu sein. Nachdem erst kürzlich die preussische Regierung einen Auftrag von 20 000 Alingen hier in Arbeit gegeben hat, ist, der „Rh.-Westf. Ztg.“ zufolge, nun von der italienischen Regierung ein Auftrag von 60 000 Alingen (Infanterie-Geleitzgewehre) nach hier gelangt. Dieselben müssen innerhalb eines Jahres geliefert werden. Weitere bedeutende Aufträge der italienischen Regierung sollen noch in Aussicht stehen.

K. Bon der Insel Ost, 27. Decbr. Die starken Novemberstürme veranlassen nicht nur an der Westküste unserer Insel drei Schiffsbrüche, sondern der Strand, die Buhnen und die Dünen haben auch schwer gelitten. Hauptächlich sind in der Nähe des bisherigen Hauptüberganges zum Strande große Sandmassen von den Dünen abgerissen, so daß bei einer gewöhnlichen Flut das Wasser unter die Strandhallen läuft. An den Stellen, wo die Dünen gehindert werden, weiter landeinwärts zu wandern, und doch starken Abbruch erleiden, müssen sie nothwendig durch Strandbauten geschützt werden. Wie wir soeben erfahren, hat die Staatsregierung zur Befestigung des Strandes vom Damen- bis zum Herrenbad 600 000 Mk. bewilligt.

Matien.
Rom, 28. Decbr. Der bisherige Vizekönig von Indien, Lord Dufferin, ist heute in Brindisi eingetroffen und nach Neapel weitergereist, wo er mehrere Tage zu verweilen gedenkt. (M. L.)

Rußland.
Aus dem Gouvernment Plozk sollen, wie Warschauer Blätter berichten, in letzter Zeit sehr viele Bauern nach Amerika ausgewandert. Die Berichte der in Amerika bereits Angefiedelten wirken verlockend auf die zurückgebliebenen Bauern, die sich nun in größerer Zahl über den Ocean begeben.

Amerika.
* [Die „Schuhpolibewegung“ unter den Schauspielern.] Die unter den amerikanischen Schauspielern begonnene Bewegung, den Zugang ausländischer Kollegen nach den Vereinigten Staaten unmöglich zu machen, wird wahrscheinlich den Todesstoß erhalten durch das unerhörte Vorgehen einer der größten Dänen Amerikas, Joseph Jeffersons und W. J. Florences. Jefferson schreibt an die Presse, daß sein Name nur in Folge eines Verfehls unter die Liste der Bittsteller gesetzt worden ist und er die Bewegung für unweise halte, während Florence ohne Umschweife erklärt, der amerikanische Schauspieler solle sich lieber in ein Mausloch verkriechen, wenn er die Concurrenz von Ausländern zu fürchten habe.

Am 30. Decbr. Danzig, 29. Dec. M.-A. 4.58. S.-A. 8.22. U. 3.43. M.-U. 6.14. E. 6.14.
Wetterausichten für Sonntag, 30. Decbr., auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:
Dielich Nebel mit seinen Niederschlägen, geringe Kälte, trübe und feucht; schwache und mäßige Luftbewegung.

* [Vorkehrungen für die Silvester nacht.] Zur Unterdrückung von Unordnungen und Rohheiten, welche in früheren Zeiten in der Silvester nacht häufig waren, hat auch in diesem Jahre die Polizeibehörde umfassende Maßregeln getroffen. Unter Leitung des Herrn Polizei-Inspectors Zieh werden die Langgasse, der Langemarkt und die Nebenstraßen mit einer Polizeitruppe besetzt, welche aus vierzig Schutzleuten, den Criminal- und Sittenpolizeibeamten, den Stropolizeibeamten, Unteroffizierpatrouillen und verstärkter Wachmannschaft bestehen wird. Das Publikum wird angehalten werden, stets rechts zu passen. Der Ruf „Prosit Neujahr“ ist nur bis 12 1/2 Uhr gestattet. Vollführer von groben Excessen und Ruhestörungen sollen sofort festgenommen werden.

* [Staatsdarlehn.] Dem Reichsverbande des Danziger Werbers ist zu seinen Uferschutzbauten ein weiteres Staatsdarlehn von 100 000 Mk. bewilligt worden, nachdem ihm schon früher ein Staatsdarlehn von 400 000 Mk. gewährt wurde.

* [Donation.] Herr Kaufmann Emil Berenz hier selbst, dessen langjährige hingebende Thätigkeit für die Interessen des öffentlichen Lebens, dessen lebendige, unermüdete Mitwirkung an fast allen gemeinnützigen Bestrebungen hier allgemein bekannt ist und hochgeschätzt wird, begehrt heute mit seiner Gattin das 25jährige Ehejubiläum. Zahlreiche Kreise unserer Bürgerschaft benützen gern diesen Anlaß, ihm durch Abgesandte Dank und herzlichste Anerkennung für die so vielseitige und verdienstvolle Betätigung seines Gemeinsinnes abzustatten zu lassen. Insbesondere gab Herr Emmerichs Rath Damm, der an der Spitze einer Deputation des Vorsteheramts der Kaufmannschaft und von Freunden und Genossen des Gefeierten erschien, um ein Ehrenandeckel zu überreichen, jenen Gefühlen berebten Ausdruck. Später erschienen auch Herr Oberbürgermeister v. Winter, der Director der hiesigen Reichsbankhauptstelle und Vorsteher resp. Vertreter verschiedener gemeinnütziger Institute, um herzlichste Gratulationen darzubringen.

* [Neuer Dampfer.] Der von der Danziger Schiffsahrts-Aktiengesellschaft zum Ersatz ihres letzten Dampferverlustes in England angekaufte Schraubendampfer „Herules“ ist nunmehr hier angekommen.

* [Von der Weichsel.] Die Eisdecke auf der unteren Weichsel erstreckt sich jetzt bis oberhalb Rastemak. In Folge dieser Eisvermehrung ist bei Dirschau, wo das Eisströmen noch anhält, der Wasserstand erheblich gestiegen. In der Nogat steht das Eis ebenfalls fest und der südliche Theil des Haffes ist stellenweise bis zur Tiefe von mehreren Fuß mit Treibeis gefüllt. Wasserstand bei Plehnendorf heute 3.52 resp. 3.50 Meter, bei Rulin 0.48 Meter. Von dort wie aus Thorn wird telegraphisch starkes Eisstreben gemeldet.

* [Auszeichnung.] Dem hier noch im besten Andenken stehenden früheren Director unseres Stadttheaters Hrn. Georg Lang, welcher bekanntlich seit seinem Rücktritt von der hiesigen Direction das hgl. Theater am Gärtnerplatz zu München leitet, ist, wie uns von dort geschrieben wird, vom Prinz-Regenten von Bayern durch Ernennung zum königl. Director und Intendantenrathe mit Verleihung entsprechender Hof-Uniform eine wohlverdiente Anerkennung für seine treffliche Bühnenerleitung zu Theil geworden.

* [Versetzung.] Herr Regierungsrath Kriess hier selbst ist vorläufig commissarisch, in das Reichsversicherungsamt zu Berlin berufen worden.

* [Reformwahl.] Für die Rectorstelle an der höheren Mädterschule in Graubenz ist von der Schuldeputation, wie der borige „Sel.“ hört, Herr Dr. Schneider von der Victoriastraße in Danzig in Aussicht genommen worden.

* [Kirchenmusik.] Am Silvesterabend, um 5 Uhr, werden in der hiesigen Trinitatiskirche bei dem liturgischen Gottesdienste der Männergesangsverein, „Sängerkreis“ und die Sopranistinnen Fräulein G. Kirchliche Gesänge zur Aufführung bringen. Zum Vortrage kommen u. a.: „Das alte Jahr vergangen ist“ (Sopran solo und Männerchor), von Meinhardus, „Gruß an das neue Jahr“ von Stein, „Bitten“ von Beethoven (Sopran solo) mit nachfolgendem Chor: „Gebet“ von Fr. Schneider.

* [Kunstschüler.] Das Personal des Wilhelm-Theaters hat durch den Eintritt eines Kunstschülerpaars eine interessante Bereicherung erfahren. Capitän George H. Fowler und Frau aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika treten seit einigen Tagen auf und bieten Leistungen, die auf das Lebhafteste an diejenigen ihres berühmten Landsmannes, Carver, der seiner Zeit durch seine fabelhafte Kunstfertigkeit im Schießen in der ganzen Welt Aufsehen erregte, erinnern. Capitän Fowler entwickelt gleichfalls eine erstaunliche Geschicklichkeit in der Handhabung seines Gewehrs, ebenso seine Gemahlin, die ihm im übrigen mit ruhiger Eleganz assistirt. Es wird Gelegenheit geboten, den Tillschuss in mannigfaltiger Form zu sehen. Fowler schießt seiner Frau Äpfel und noch kleinere Gegenstände vom Kopfe, schießt ihr das Feuer von einer im Munde gehaltenen brennenden Cigarette weg, kleine Äugeln zwischen den Fingern heraus, holt mehrere in schneller Folge nach einander in die Luft geworfene Glaskugeln mit seinen Schüssen herab, selbst nur mit einer Hand das Gewehr haltend u. s. w., und das alles mit einer Präcision, die nicht einen einzigen Fehlschuß vornehmen läßt. Den Freunden des Schießsports wird diese in Danzig seit Jahren nicht gebotene ungewöhnliche und interessante Production des amerikanischen Kunstschülerpaars gewiß willkommen sein.

* [Zur Sonntagsheiligung.] In Königsberg hat der Regierungspräsident entschieden, daß die Ausübung des Barbier- und Friseurgewerbes auch an Sonn- und Feiertagen während der Stunden des öffentlichen Gottesdienstes unter der Bedingung zu gestatten sei, daß Thüren und Schaufenster der Barbier- und Friseurstuben verhängt werden.

* [Strafkammer.] Wegen unbefugter Vornahme einer Verhaftung hatte sich heute der Wächtermann Rudolf Zinner vor der Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte hatte früher einmal den Schuhmacher Janel wegen Ruhestörung angeklagt. Dieser hatte jedoch gegen das demnachst erlassene Strafmandat Berufung eingelegt und war freigesprochen worden. Janel hatte in Folge dessen die Ausherrung gekannt, Zinner habe damals als Zeuge nicht die Wahrheit gesagt, und war deshalb wegen Beleidigung bestraft worden. In der Nacht vom 13. zum 14. Juli dieses Jahres fand Janel mit einigen Bekannten in der Tischlergasse und erzählte diesen die Sache, die er mit Zinner vorgehabt habe. Ob er dabei wiederum beleidigende Ausdrücke gegen Zinner gebraucht hat, ging aus den Aussagen der Zeugen, die über diesen Punkt widersprechende Angaben machten, nicht mit Bestimmtheit hervor. Während dieser Unterhaltung trat Zinner hinzu, beschuldigte Janel, ihn beleidigt zu haben, arrethirte ihn und führte ihn zur Wache. Die Strafkammer nahm die Beleidigung des Zinner als erwiesen an und sprach den Angeklagten frei, da derselbe sich berechtigt geglaubt habe, den Janel zu verhaften. — Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte sich ferner der Tischlermeister Hermann Wiefenberg von hier zu verantworten. Am 15. Mai d. J. gerieth in der Dienstwohnung des Directors der Zuckerfabrik in Prank der Dachstuhl in Brand, wodurch ein Schaden von 500 Mk. verursacht wurde. Das Feuer sollte durch die mangelfahe Anlage eines Ofens entstanden sein, welcher durch den Tischlermeister Wiefenberg gesetzt worden war. Es wurde ihm vorgeworfen, er habe den Ofen zu nahe an die Fachwerkwand des Zimmers gesetzt, ferner sei die obere Kante des Ofens nicht weit genug von der Decke entfernt gewesen und schließlich habe er das Hauptabzugsrohr nicht direct in den Schornstein eingeführt. Aus der Verhandlung ging jedoch hervor, daß weder Wiefenberg, noch der von ihm mit dem Ofen des Ofens beauftragte Geselle gewußt hätten, daß die Wand des Zimmers nur von Fachwerk gewesen sei. Ferner wurde festgestellt, daß wohl das Gefälle bis in die Nähe der Decke erreicht habe, daß aber die Feuerbede des Ofens weit genug entfernt gewesen und daß das Abzugsrohr in vorchriftsmäßiger Weise 10 Centim. weit in die Mauer eingelassen und gut vermauert worden sei. Da auch der Sachverständige annahm, daß der Brand dadurch entstanden sei, daß ein sonst kunstgerecht vermauertes hölzernes Rohr durch, von dessen Anwesenheit Wiefenberg nichts habe wissen können, durch einen unglücklichen Zufall Feuer gefangen habe, so erkannte die Strafkammer auch in diesem Fall auf Freisprechung des Angeklagten.

* [Unterdrückung.] Der bereits 19 Mal bestrafte Arbeiter Joh. Schikhowski hatte sich von verschiedenen Eigenthümern in Ddra und Schidlich Handgaben entliehen und dann dieselben verkauft. Gestern wurde S. ermittelt und verhaftet.

[Polizeibericht vom 29. Decbr.] Verhaftet: 1 Mädchen, 2 Arbeiter, 1 Stellmacher, 1 Conditior wegen Diebstahls, 1 Hutmacher wegen Betruges, 1 Schuhmacher wegen Mißhandlung, 5 Obdachlose, 3 Bettler, 1 Dirne. — Geführt: 1 brauner Rock, 1 Weste, 1 Hose, 1 Sommerüberzieher. — Verloren: 1 goldener Trauring, gep. P. S. 1861, abzugeben bei J. Meller, Al. Berggasse 1; 1 blauer Beutel mit 106 Mk. 92 Pf., abzugeben auf der Polizei-Direction hier selbst. — Gefunden: 1 graue Pelzjacke, abzuholen von der Polizei-Direction hier selbst.

* Der Schützler-Verein für Ost- und Westpreußen in Königsberg, welcher im Mai k. Js. sein 25jähriges Bestehen durch Veranstaltung einer größeren Schießschau feiert, hat den Landwirthschaftsminister Dr. Cuius zu seinem Ehrenmitglied ernannt. Letzterer hat die Ehrenmitgliedschaft angenommen.

Kst. Zukau, 28. Decbr. Die sehr der vergangene Winter dem Wild geschadet hat, ist daraus zu ersehen, daß bei einer Treibjagd auf einem Territorium von über 2000 Quadrat-Meilen von 7 Schützen — 1 Hase erlegt wurde.

Garthaus, 28. Decbr. Die schon so lange erwartete Genehmigung des Ministers zum Ankauf des zur Erbauung eines Schutheuses für die höhere Mädterschule bestimmten Bauplatzes ist endlich eingetroffen. Der Bau soll zum Frühjahr in Angriff genommen werden.

§ Marienwerder, 28. Decbr. Die 15jährige Cina Sehrke zu Lohmmerbrück im Kreise Anich hat vor einiger Zeit nicht ohne eigene Lebensgefahr ein dreijähriges Kind vom Tode des Ertrinkens in der Bräse gerettet. Der hiesige Regierungspräsident bringt dieses belobende mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß, daß er der Genannten eine Geldprämie von 20 Mark bewilligt hat. — An der hiesigen Hofbeschlages-Lehrschule wird ein neuer Cursus in der Zeit vom 17. Februar bis 13. April n. J. abgehalten werden.

* Der Kreis-Bauinspector Bickmann zu Schweg ist in gleicher Amtseigenschaft nach Grauland versetzt, der Gerichts-Assessor Rejowski in Ramiß zum Amtsrichter in Sempelburg und der Regierungsrath Aretschmann in Königsberg zum Geh. Regierungsrath ernannt worden.

Briesen, 24. Decbr. Der Kreis-Ausschuß hat mit Rücksicht darauf, daß der Antheil des Kreises Briesen an dem Ertrage aus den landwirthschaftlichen Zöllen höher ist, als im Etat angenommen war, und daß die Provinzialabgaben nicht die in dem Etat angenommene Höhe erreichen werden, beschlossen, von der Einziehung der vierten Rate der Kreiscommunal-Abgaben Abstand zu nehmen.

St. Genu, 27. Decbr. Vor einiger Zeit fand hier eine Versammlung von Grundbesitzern statt, welche die Bildung einer öffentlichen Genossenschaft zur Regulirung des Drenenflusses vom Drenen-See bis zur Marienburg-Mlawkaer Eisenbahnbrücke bezweckte. Auf dieser Strecke hat der Drenenfluß ein geringes Gefälle und dabei einen sehr gekrümmten Lauf. Wiesen mit üppigem Graswuchs, reichlich tragende Gemü-

se und an höher gelegenen Stellen fruchtbare Getreidefelder dehnen sich zu beiden Seiten des Flusses aus. Grundstücke, zu denen Drenenwiesen gehören, haben immer einen höheren Werth, weil die Besitzer derselben einen größeren Viehstand halten können. Nach angelegten Messungen bilden die Wiesen an der Drenen vom Drenen-See bis zur Eisenbahnbrücke der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn eine Fläche von 1000 Hectar, welche zu den drei Kreisen Dörbete, Kolenberg und Löttau gehören. Nun tritt aber in Zwischenräumen von 2 bis 5 Jahren bei anhaltenden Niederschlägen oder plötzlich eintretendem Frühlingstauwetter nach schneereichen Wintern regelmäßig eine Ueberschwemmung ein, die das in Rede stehende Drenenthal in einen See verwandelt und jegliche Aussicht auf die erhoffte Ernte vernichtet; denn bei dem trägen Abflusse schwindet das Wasser von den Wiesen erst nach Wochen, ja Monaten, zuletzt eine Schlammrinne hinterlassend, die jeden Graswuchs hindert. Solche den bestellten Wiesen befeuchtenden schweren Verluste zuführende Ueberschwemmungen traten neuerdings ein in den Jahren 1877, 1880/81, 1883 und 1888. Viel Millionen dadurch verloren gingen, mag man daraus ersehen, daß der den Wiesenbestehern verursachte Schaden im Jahre 1880 allein im Kolenberger Kreise auf 750 000 Mk. geschätzt wurde. (N. M. M.)

Uthorn, 28. Decbr. In einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde heute Herr Stadtrath und Landgerichtsrath a. D. Rudies zum zweiten Bürgermeister (Beigeordneten) gewählt. Derselbe nahm die Wahl an. — Im Mai d. J. wurden in einem Keller des Kaufmanns Korbes 700 Eithalerstücke aus den Jahren von 1750 bis 1805 und 1100 Guldenstücke, früher im Werthe von je 10 Silbergrößen, gefunden. Das hiesige Amtsgericht macht jetzt den Fund amtlich bekannt und fordert den Eigenthümer des Geldes auf, seine Rechte bis zum 2. April n. J. geltend zu machen.

* Der Generalbicar von Grafen Dr. Luchowski ist zum Hauspräsidenten und Thronassistenten des Papstes und der Reichstags-Abgeordnete Graf Kwieciński zum päpstlichen Kammerherrn ernannt.

z. Kakei, 28. Decbr. Ein trauriges Weihnachtsfest wurde durch das unvorhergesehene Umgehen mit Schießwaffen dem Lehrer Hanke, in der Nähe von Egin wohnhaft, bereitet. Derselbe, ein noch junger Mann, erhielt am ersten Weihnachtsfesttage den Besuch zweier junger Leute, welche ihn zum Kirchgange abholten. Während er in aller Eile sich dazu vorbereitete, entdeckten dieselben einen Revolver, mit dem sie gleich sich beschäftigten. Als der Lehrer S. dies gewahr wurde, warnte er vor Unvorsichtigkeit mit dem Bewerke, der Revolver sei geladen. In demselben Augenblicke entlud sich die Waffe und der Lehrer S. wurde so unglücklich getroffen, daß er hoffnungslos darniederlag. Der junge Mann, in dessen Hand die Waffe sich entlud, ist darüber so tief erschüttert, daß er diesen traurigen Fall nicht überleben zu können glaubt, und derselbe muß, um aus Verzweiflung nicht Hand an sich selbst zu legen, sorgfältig beobachtet werden.

Stadt-Theater.

„Arieg im Frieden“ ist eines der lustigsten unter den zahlreichen Stücken, die Moser — hier allerdings in Gemeinschaft mit Schönhan — der Bühne geliefert hat. So oft es auch gespielt worden, ist es doch immer noch nicht veraltet und erregt in den meisten Scenen noch jetzt dieselbe Heiterkeit, wie bei seinem ersten Erscheinen auf der Bühne. Diesen Erfolg herbeizuführen, waren gestern unsere hiesigen Kräfte nach bestem Vermögen bestrebt. In erster Reihe wandte sich der Beifall natürlich der Beneficentin, Fräul. Becker (Jiska) zu, die schon bei ihrem ersten Auftreten auf das wärmste begrüßt und mit vielen Blumen- und Kranzgespenden bedacht wurde, dann aber auch in ihren folgenden Scenen regelmäßig verdienten Applaus erzielte. Sie ließ in der kindlichen Unvernünftigkeit der verwöhnten jungen Ungarin so viel Treuerigkeit durchblicken, daß die Partie immer lebenswürdig blieb. Die beiden anderen jugendlichen Frauenrollen wurden von Fräul. Jampa (Elsa) und Fräul. Jmmisch (Agnes) gut gespielt. Hr. Klemecke gab den Keif-Reislingen mit dem besten Humor und brachte alle die Drolligkeiten der Partie zur vollen Wirkung. Der General des Herrn Mathes und der Carl v. Folgen des Herrn Stein waren gute Leistungen; auch Hr. Remond machte mit seinem schätzbaren Apotheker viel Glück. Herr Schraft, der bisher sehr selten größere Partien gespielt hat, repräsentirte den Stabsarzt Schäfer gut und behandelte die Rolle richtig; nur fehlt ihm noch die volle Freiheit des Spiels und der Sprache, welche letztere bisweilen schwer verständlich wird. Die beiden Ehepaare Hindorf und Henkel wurden von Herrn Weidlich und Frau Gläudinger, Herrn Kraft und Frau Rosé befriedigend gespielt. Die kleine Charge des slavischen, deutsch radebrechenden Offiziersbüchsen führte Herr Reuder sehr angenehm vor. — Der Tanz, den die Damen Huchhausen und Neumann in schmuckem Hofareenostium in einem Zwischenact sehr hübsch ausführten, fand stürmischen Beifall.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 29. Decbr. (M. L.) Nach einer Meldung der Wiener „Politischen Correspond.“ sollen Nowel, Brest-Litowsk und Bialystok zu einem Festungsdreieck gestaltet und durch zweigleisige Bahnen mit einander verbunden werden.

— Nach Petersburger Berichten begegnet die Gemüths-Vorlage des Ministers des Innern Tolstoi im Reichsrath Schwierigkeiten. Auch der Procurator des heiligen Synod Pobiedonoff ist gegen Tolstoi. Man erhofft einen Umschwung der inneren Politik.

Paris, 29. Decbr. Die Republikaner planen, Antoine (früher deutscher Reichstagsabgeordneter für Metz), gegen Boulanger aufzustellen. Durch ein Decret des Präsidenten kann die Naturalisation in 24 Stunden erfolgen.

Stockholm, 29. Decbr. Die spanische Spreitfrage fand eine befriedigende vertragsmäßige Lösung.

Sansibar, 29. Decbr. Die „Times“ meldet: Alle Missionäre befinden sich in Arambo, Mwapwa und Maboio in Sicherheit. In Mwapwa besetzten die Deutschen den Berggipfel. Sie sind im Besitz einer Kanone und verlassen niemals die Befestigung. (Nach dieser Meldung würden auch die noch im Innern sich befindenden Beamten der deutsch-afrikanischen Gesellschaft noch am Leben sein. D. R.)

Wien, 29. Decbr. (M. L.) Die „Neue Presse“ erzählt aus Budapest, den Delegationen werde eine Creditforderung zur Errichtung einer Donauflottille zugehen auf Grund einer Denkschrift des Admirals Stierneck, welcher darin auf die bestehenden Donauflottilen Rumäniens und Rußlands verwies.

112.80	5/11	Bräse	8 2/3	7 1/2	84.45
102.50	5/11	Wien	2 1/2	2 1/2	78.90
177.50	5/11	Bien	6 2/3	6 2/3	168.60
—	8 1/2	Petersburg	2 1/2	2 1/2	187.40
16.00	5/2	do.	3 1/2	3 1/2	238.25
122.46	5/2	Warschau	6 2/3	6 2/3	206.75
133.40	6/1				209.25
127.30	6/1				
126.83	6 1/2				
Discont der Reichsbank 4% 2.					
Cotien.					
134.75	12	Bursen			—
131.75	10	Genève			20.32
—	65	St. Francis-St.			16.13
160.90	65	Amsterd. per 500 Gr.			—
78.08	3/4	Dollar			4.175
126.75	3/4	Österreich. Banknoten			20.39
16.80	3/4	Frankreich. Banknoten			90.40
269.90	15	Preussische Banknoten			189.80
—	15	Preuss. Wechsel			50.90

